

# BürgerInnenbrief **Mitte**

13. Mai 2008



## **DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Die Themen: +++ 1. Mai in Barmbek +++ Schwarz-Grün im Amt +++ Steuergerechtigkeit nicht gewährleistet

## 1.Mai: Gegen Rechts in Barmbek



Foto: Michael Joho

Auf der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am 7.5. wurde unter anderem über die Auseinandersetzungen am 1. Mai in Barmbek gestritten. Die rechtsradikale NPD hatte in Nürnberg und Hamburg zu zentralen Demonstrationen aufgerufen. An der Gegendemonstration in Hamburg-Barmbek nahmen etwa 10.000 BürgerInnen teil. In Barmbek haben sich viele AnwohnerInnen und Geschäftsleute gegen die Provokation durch die NPD gewandt. Das Obergericht genehmigte am Vorabend eine Demonstrationroute direkt durch den Arbeiterbezirk, was die Polizei zuvor verweigert hatte. Dadurch konnten viele Menschen in die Nähe des Versammlungsorts der Rechten an einem S-Bahnhof gelangen. Auf die Gegendemonstration reagierten die Rechten mit Gewalt. »Die rechte Seite zeigte kein legalistisches Verhalten.« Der Einsatzleiter der Polizei: »In

ihren Reihen herrschte ein enorm hohes Gewaltpotenzial.« Schon vorher waren »Autonome Nationalisten« massiv auf Gegendemonstranten losgegangen.

In der Debatte kritisierten VertreterInnen der LINKEN und der SPD die Innenbehörde und die Polizei. Diese mussten sich die Frage gefallen lassen, ob wirklich alles getan wurde, um den Aufmarsch der Rechten in den gesetzten Schranken zu halten. Hamburgs neuer Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU) verteidigte das Vorgehen der Polizei. Den Beamten sei es weitgehend gelungen, ein Aufeinanderprallen linker und rechter Demonstranten zu verhindern. Der Hamburger Stadtteil Barmbek werde »auch künftig am 1. Mai kein zweites Kreuzberg werden«. Die schwarz-grüne Koalition werde das Demonstrationsrecht als »Kern gelebter Demokratie« schützen und stärken.

## Schwarz-Grün im Amt

Das bundesweit erste schwarz-grüne Regierungsbündnis auf Landesebene ist im Amt. Zweieinhalb Monate nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg wählte die Bürgerschaft der Hansestadt am 7.5. mit der Mehrheit von Christdemokraten und Grünen Bürgermeister Ole von Beust (CDU) und seine neun SenatorInnen. Für den Senatschef stimmten 69 der 121 Parlamentarier. Damit erhielt der CDU-Bürgermeister auch eine Stimme aus dem Oppositionslager von SPD und Linken. Wichtigstes Projekt der Koalition ist die flächendeckende Einführung einer sechsjährigen Grundschule zum Schuljahr 2010/2011. Geeinigt haben sich CDU und Grüne ferner auf eine weitere Elbvertiefung. Im Streit über

den Bau eines Steinkohlekraftwerks im Stadtteil Moorburg verständigten sie sich auf eine europaweite Ausschreibung für ein Gaskraftwerk. Neben der ökologischen Modernisierung soll die soziale Stadtentwicklung – Programm »lebenswerte Stadt« – erweitert fortgeführt werden. Die verschiedenen Aspekte der sozialen Spaltung der Stadt werden im Koalitionsvertrag nur ganz untergeordnet angesprochen. Die Skepsis gegenüber diesem Koalitionsprogramm ist bei einem Großteil der Wahlbevölkerung unübersehbar. Über die Finanzierung dieser Vorhaben gibt es aus dem Regierungslager keine präzisen Angaben.

## Steuergerechtigkeit nicht gewährleistet

Hamburg hat im Vergleich der Bundesländer die höchste Dichte an Einkommensmillionären. Laut Einkommensteuerstatistik 2004 kamen auf 100.000 Einwohner in der Hansestadt 23,5 Steuerpflichtige mit einem Einkommen von mindestens einer Million Euro, bestätigte das Statistische Bundesamt. Der Bundesrechnungshof wie die Landesrechnungshöfe haben in einer großen Anzahl von Erhebungen festgestellt, dass es zahlreiche Probleme beim Vollzug der Steuererhebung gibt. Zugespißt hat der Bundesrechnungshof festgehalten: Der gesetzmäßige und gleichmäßige Vollzug der Steuergesetze ist in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr gewährleistet.

So wird in der Bundestagsdrucksache 16/3200 Nr. 57 festgehalten: Einkunftsmillionäre unterlagen im Prüfungszeitraum einer jährlichen Prüfungsquote von nur 15%. Mehrere Ergebnisse betrug durchschnittlich 135.000 Euro. Prüfungsquoten in den einzelnen Ländern reichten im Jahr 2004 von 10 bis 60%, obwohl bundeseinheitliche Verordnung eine jährliche Außenprüfung vorschreibt.

Der Landesrechnungshof hat zur Haushaltslage einen Sonderbericht vorgelegt, der in der Bürgerschaftssitzung debattiert wurde. Der Landesrechnungshof war offensichtlich von der Sorge beherrscht, dass die »historische Chance« für eine nachhaltige Verbesserung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit Hamburgs nicht vertan werden dürfe. In einer Phase positiver konjunktureller Entwicklung müssten die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung weiter fortgesetzt werden. Schlussfolgerungen der Fraktion DIE.LINKE:

- Vom Landesrechnungshof hätte man angesichts der Bedeutung der öffentlichen Finanzen erwarten dürfen, dass diese Einschätzung rechtzeitig der politischen Öffentlichkeit vorgelegt wird, sodass der Souverän, die Hamburger Bevölkerung, die Chance gehabt hätte, die offenkundige Misswirtschaft bei den öffentlichen Finanzen bei ihrem Votum über die künftige Zusammensetzung der Bürgerschaft berücksichtigen zu können.

- Der Versuch der Beeinflussung der Koalitionsverhandlungen hat keine sichtbaren Spuren hinterlassen. Im schwarz-grünen Koalitionsvertrag finden sich keine belastbaren Aussagen über die Finanzpolitik.
- Wenn die Koalitionspartner die Anmahnung eines »Kassensturzes« auch nur ansatzweise ernst nehmen würden, müsste der Bürgerschaft umgehend ein Nachtragshaushalt und eine aktualisierte Finanzplanung bis 2011 vorgelegt werden, in der die Verabredungen des Koalitionsvertrags berücksichtigt werden.

Die substantiellen Aussagen des Sonderberichtes stellen sich für die Fraktion DIE LINKE folgendermaßen dar:

1. Trotz eines beträchtlichen Überschusses im Betriebshaushalt von 2006 in Höhe von fast 600 Mio. Euro und einem noch größeren Plus von 737 Mio. Euro beim vorläufigen Abschluss für 2007, weist die Finanzplanung vom November 2007 neue Defizite von 2008 bis 2011 von rund 1,6 Mrd. Euro aus.

2. Der Finanzsenator hat zudem einräumen müssen, dass in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 weitere Ausgaben beschlossen wurden, die den Haushalt in den nächsten vier Jahren um zusätzliche 800 Mio. Euro belasten. Auch für diese Ausgaben ist in der mittelfristigen Finanzplanung keine Gegenfinanzierung angegeben, so dass sich das Finanzdefizit auf insgesamt 2,4 Mrd. Euro erhöht.

3. Die Interpretation von Finanzsenator Freytag, der Großteil der zusätzlichen Ausgaben sei von den damals in der Bürgerschaft vertretenen Parteien einstimmig beschlossen worden, ist nicht akzeptabel. Fakt bleibt, dass die im November vorgelegte Finanzplanung lückenhaft ist und umgehend durch eine gründliche Überarbeitung korrigiert werden muss.

4. Zu den strukturellen Risiken des Haushaltes und der Misswirtschaft bei den öffentlichen Finanzen kommt schließlich ein enorm hohes Volumen von Ausgabenresten. Über die Finanzierung dieser auf über eine Milliarde Euro angewachsenen Ermächtigungen des Haushaltes, für die in

der Finanzplanung keine Vorsorge getroffen wurde, schweigen sich die politisch Verantwortlichen, insbesondere der sonst um keine Stellungnahme verlegene Finanzsenator Freytag, aus.

5. Zu den kritischen Haushaltsposten gehören schließlich auch die Investitionsausgaben, weshalb der Rechnungshof sie in den Kassensturz einbezogen wissen will. Einerseits sind vor allem die »Leuchtturmprojekte« wie Elbphilharmonie, U-4 und Hafencity sehr viel teurer geworden als geplant. Zum anderen sind damit in der Regel auch Folgekosten wie z.B. für den laufenden Betrieb der Elbphilharmonie verbunden, die den Betriebshaushalt belasten werden. Zu Recht fordert daher der Rechnungshof: »Bereits im Planungs- und Entscheidungsprozess muss zudem auf die Quantifizierung der Folgekosten gelegt werden, um auch die langfristigen Wirkungen von Investitionen auf die Strukturen künftiger Haushalte sachgerecht beurteilen zu können.« Mindestens bei der Elbphilharmonie ist dieser Gesichtspunkt einer soliden Finanzrechnung grob missachtet worden.

Auch wenn sich der Landesrechnungshof in seiner abschließenden Beurteilung vornehm zurückhält, ergibt sich als Resultat der kritischen Haushaltsprüfung die eindeutige Schlussfolgerung: Die Haushalts- und Finanzpolitik des vorherigen Senats war schlichtweg unseriös.

Im Sonderbericht wird behauptet: Der entscheidende Grund für die Finanzierungsdefizite sei die expansive Ausgabenpolitik. Aus dieser Einschätzung folgt dann das Plädoyer für die uns aus den letzten Jahren sattsam bekannte Sparpolitik. Der Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Infrastrukturen und die sozialen Sicherungssysteme erwächst allerdings keineswegs aus einer Ausgabenexpansion, sondern aus der politisch gewollten Verarmung der öffentlichen Hand. Ohne diese politisch gewollte Tendenz zur Vertiefung der Fiskalkrise – Stichwort: Steuersenkungs-

wettbewerb – könnte für die Sparpolitik keine politische Legitimität organisiert werden.

Heute sind die Verhältnisse völlig auf den Kopf gestellt: Von der Steigerung des Volkseinkommens seit 2000 bis 2007 von ca. 300 Mrd. Euro haben die EmpfängerInnen von Unternehmen- und Vermögenseinkommen den Löwenanteil von 73% eingesackt. Für die Lohnabhängigen blieben gerade mal 27%. Und da sich der Großteil der Lohnersatztransfers nach den Lohneinkommen richtete, schauten die Empfänger von Renten und anderen abgeleiteten Einkommen buchstäblich in die Röhre. Und die massive Aneignung des wirtschaftlichen Zuwachses durch die Unternehmen und die Reichen erfolgt zu historisch beispiellos niedrigen Steuersätzen.

Mehr noch: Heute scheinen für etliche Großverdiener die geringen Steuersätze noch untragbar, sodass sie sich der Besteuerung durch Verlagerung nach Liechtenstein oder in andere Steueroasen entziehen. Heute stehen wir also vor einem ganz anderen Problem: der gesetzmäßige und gleichmäßige Vollzug der Steuergesetze ist in der Bundesrepublik Deutschland trotz extremer Politik der Niedrigstbesteuerung nicht mehr gewährleistet.

Die Kehrseite der durch diese Reduktion der Steuersätze erzwungenen Sparpolitik ist die öffentliche Armut. Weil über Jahre wegen geringer Steuereinnahmen Schmalhans Küchenmeister war, schieben Städte und Gemeinden nach einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik einen Investitionsstau von rund 70 Mrd. Euro vor sich her. Das sind rund 10% der gigantischen Summe von 703 Mrd. Euro, die die Gemeinden nach der Untersuchung bis 2020 brauchen werden, um marode Straßen und öffentliche Bauten zu sanieren und die öffentliche Infrastruktur an den sich wandelnden Bedarf anzupassen.

## Hafenrundfahrt: »Proud to be a docker!«



Den HafendarbeiterInnen in Hamburg und in ganz Europa ist es durch solidarische Aktionen gelungen, die »Liberalisierung« der Hafendienstleistungen zu verhindern. Über diese Kämpfe, ihre Tradition und über die Geschichte der Hafendarbeit

berichten Udo Achten und Bernt Kamin-Seggewies in dem soeben erschienenen Buch **Kraftproben**.

Die Büchergilde Gutenberg, der Gesamtbetriebsrat der Hafendarbeiter und der VSA: Verlag stellen das Buch auf einer Hafenrundfahrt der besonderen Art vor: Barkasse »Diplomat«, am **Donnerstag, den 22. Mai, 17:00 Uhr**, Pontonanlage im Binnenhafen an den Straßen Kajen und Hohe Brücke.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de](mailto:joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de).

Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.